

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M., zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 24,- M. Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 89.

Die schlagfertige Konversationskassette oder Kasse kostet 4,- M., einschließlich Erwerbungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das letzterdrückte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbungsbeitrag. Lautende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzterdrückte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreichs wirtschaftlicher Feldzugsplan

Paris, 21. April.

Nach einer Havas-Meldung heißt es: Während der Begegnung in Sympnen wird Briand Mond George den Plan vorgelegt, den die „besten Köpfe“ Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, daß Deutschland bei seiner passiven Resistenz beharrt. Dieser Plan, der morgen beendet sein wird, ist ein Niederschlag der fünf Berichte, die von den verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet wurden. In großen Zügen enthält er unter anderem zugunsten der Reparationskontos die Erhebung eines Zollausschlages von 50 bis 70 Francs pro Tonne Kohle, die aus dem Ruhrgebiet kommt. Der Ertrag (offenbar die Leistung, Red. d. „Fr.“) der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es die Verfügung über die Kohlen erhält. Außerdem sind Erleichterungen zum Bezug von Lebensmitteln für die Bewohner der besetzten Gebiete vorgesehen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 75 Prozent der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird.

Diese einfachen und praktischen Maßnahmen wurden von Le Troquer und verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet. Sie wurden einem von dem Minister Poincaré beauftragten Vorgehen vorgezogen, das wohl einschneidender, aber auch viel schwieriger in seiner Durchführung gewesen wäre. Letzterer Entwurf sah die Übernahme des Betriebes durch die Verbandsregierungen für alle Industrien im Ruhrgebiet vor, also nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für die Eisenwerke, Textilfabriken und ähnliches mehr.

Zu der Abgabe auf die Kohlenförderungen werden noch andere Zahlungsmittel kommen, z. B. Beteiligung an den Industrien, Abgaben auf die Ausfuhr und die ausländischen Werte, die als Bezahlung für die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Auslande eingehen usw. Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit unter der Leitung eines Oberkommissars zur Durchführung gelangen.

Englische Bedenken

London, 20. April.

„Westminster Gazette“ schreibt, die drohenden neuen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland beunruhigten das Unterhaus. Wenn die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen, so bedeutet dies einen neuen Schritt zur Erdrosselung des deutschen Handels. Obwohl die Mehrheit des Unterhauses befreit ist, Frankreich zu unterstützen, so sind doch genügend Mitglieder vorhanden, die wissen, daß, wenn Deutschland in wirtschaftliches Chaos geworfen wird, dies nicht zum Vorteil für England sein wird. Diese Mitglieder beginnen, die Regierung um eine neue Erörterung über die Anwendung neuer Zwangsmassnahmen zu ersuchen, bevor diese in Kraft gesetzt werden.

„Daily News“ merkt über die 50prozentige Verkaufsabgabe: „Die Regierung sagte, daß, wenn aller Handel zwischen Deutschland und den Alliierten aufhört, Deutschland auf die Knie gezwungen werde. Die Regierung denkt aber nicht an Süd- und Ost-Europa, Rußland, ein Zehntel von Asien, Holland und vor allem Amerika. Deutschland übersehmennt den Rest der Welt mit industriellen Erzeugnissen und unterbietet uns bereits überall. Wir werden gezwungen sein, in der einen oder anderen Form die deutschen Erzeugnisse aus dem übrigen Teil der Welt zu beziehen.“

Die Zollkontrolle in Tätigkeit

Wie die Eisenbahndirektion Köln der „Kölnischen Zeitung“ mitteilt, besteht in Unterschied zwischen der belgischen und der englischen Zone. In der ersteren hat die Kontrolle der Güter- und Postverkehrs tatsächlich eingeleitet; in der englischen sollte die Kontrolle im Laufe des gestrigen Mittags beginnen. Da aber zur Ueberwachung des Postverkehrs erforderliche nötigen Organe noch nicht bereit sind, wird damit gerechnet, daß in dieser Zone die Zollgrenze zunächst überhaupt noch nicht in die Erscheinung tritt. Wie die Handhabung in der Gegend von Koblenz und weiter südlich vor sich geht, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Der Personenverkehr ist sowohl in der englischen wie in der belgischen Zone unbehindert. Wie die „Kölnische Zeitung“ dazu weiter erzählt, haben am Dienstag kurz vor 12 Uhr nach den letzten Güterzüge mit unversetzten Waren die Zollbahnen in Ehrenfeld, Rath und Gerresheim verlassen. Der Köln-Elberfelder Nachtzug war bei seiner Ankunft im Bahnhof Derendorf, in dem er bisher nicht zu halten pflegte, der erste Zug aus dem Düsseldorf-Gebiet, der der neuen Zollbehandlung verfiel. Der Gepäckwagen war leer. Von den wenigen Fahrgästen, die aus den Schlafwagen geholt wurden, wiesen sich die meisten als Reisende nach Dänemark aus, deren Gepäck als Auslandsgehalt zollfrei blieb. Heute morgen ging der Bahnhof Derendorf schon einem Warenlager. Auf den Bahnsteigen lagen allerlei Waren aus Gütern und Personenzügen. Die deutschen Zoll- und Bahnbeamten geben sich alle Mühe, den Verkehr schnell und flott abzuwickeln, aber was heute normaltag beobachtet werden konnte, läßt berechtigter Zweifel zu, ob ein regelmäßiger Verkehr auf die Dauer möglich ist. In Sachverständigenkreisen glaubt man, daß Bahnhöfe wie der in Derendorf sehr bald vollständig verstopft sein werden. Auch

Speditoren sind derselben Ansicht und richten sich darauf ein, Sendungen nur auf kleinere Entfernungen zu übernehmen, weil in den voraussetzlichen bald verstopften Güterbahnhöfen eine Erledigung ihrer Aufträge unmöglich sein wird.

Die wirtschaftlichen Sanktionen und die Nachfolgestaaten

Die auf der letzten Londoner Konferenz beschlossenen und seit dem 20. April am Rhein in Kraft getretenen wirtschaftlichen Sanktionen in Form der 50prozentigen Zollabgabe bleiben nicht auf das Rhein- und Ruhrgebiet beschränkt. Die von den Alliierten gefassten Beschlüsse sind ebenfalls den von der Entente abhängigen kleineren Mittel-Europas, besonders den habsburgischen Nachfolgestaaten, mitgeteilt worden. Als Mitunterzeichner des Versailler Vertrags sind diese formell verpflichtet, den Beschlüssen des Obersten Rates nachzukommen.

Daß die Erhebung der 50prozentigen Zollabgabe für die mitteleuropäischen Länder große Schwierigkeiten mit sich bringt, ist bei der unsicheren Wirtschaftslage der neuen Staatengebilde offensichtlich. Trotzdem meldet Havas aus Belgrad, daß die jugoslawische Regierung gemäß den Entschlüssen der Londoner Konferenz die Erhebung einer 50prozentigen Abgabe auf die deutsche Einfuhr beschlossen hat. Die Maßnahme sei bereits am 16. April in Kraft getreten.

Man darf bei diesem Beschluß der jugoslawischen Regierung nicht verkennen, daß die neuen habsburgischen Nachfolgestaaten stark unter der finanziellen Furcht der Entente stehen und daher gezwungen sind, die politischen Maßnahmen der Alliierten mitzumachen trotz ihrer wirtschaftlichen Schädigung. Ungleich schwieriger noch als für Südslawien ist die Lage für die Tschechoslowakei und hier steht denn auch die Entscheidung darüber, ob sich das Land an der Zollabgabe beteiligen soll oder nicht, im Brennpunkt der politischen Erörterungen. Die Tschechoslowakei hat bereits sehr starke wirtschaftliche Verbindungen mit Deutschland ausgenommen, die natürlich gestört werden würden, wenn die Zollabgabe erhoben wird. Auch die politische Wirkung dieser Maßnahme trifft die Tschechoslowakei eher als beispielsweise Südslawien. Die Tschechoslowakei hat eine gemeinsame Grenze mit Deutschland und zählt über 3 Millionen Deutsche in ihrem Staatsverband.

Aus dieser Zwangslage heraus ist die Diskussion zu verstehen, die gegenwärtig in der Tschechoslowakei ausgetragen wird. Nach einer Prager Meldung der „T.-U.“ handelt es sich dabei nicht mehr so sehr um das „ob“ als vielmehr um das „wie“. In der „Tribuna“ ergreift zunächst Dr. M. Oberthier, dessen Artikel über die Sanktionen den Streit entzündet, das Wort und vermahnt sich gegen den Vorwurf, er habe die Freiheit des Staates in der Entscheidung über die Sanktionsfrage beeinflussen wollen. Wir haben, sagt er, den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben und aus diesem Faktum ergibt sich für uns die Verpflichtung, konform mit den übrigen Signatarmächten vorzugehen. Es handelt sich also nicht darum, ob wir uns den Sanktionen anschließen, sondern darum, wie wir sie durchzuführen werden. In dieser Beziehung wird es gut sein, wenn wir uns über unsere innere wirtschaftliche Situation und unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland klar werden. Wir können uns allerdings nicht den Luxus einer politischen Isolierung gestatten, aber wir können uns auch nicht den Luxus einer wirtschaftlichen Isolierung erlauben. Er wiederholt schließlich, es handele sich nicht um das „ob“, sondern um das „wie“. Anschließend daran erwidert die „Tribuna“ auf die gestrigen Angriffe des „Cesko Slovo“ und konstatiert, daß sie schon vor drei Wochen betont habe, nach der ganzen politischen Lage bleibe nichts anderes übrig, als die Sanktionen an der Seite der Entente mitzumachen, da die Tschechoslowakei in ihrer schwierigen Situation zwischen Deutschland, Polen und Ungarn ohne die Entente nicht existieren könne. Dies ist für die Teilnahme an den Sanktionen entscheidend, auch wenn sie der Tschechoslowakei wirtschaftlichen Schaden bringen. Aber die tschechoslowakischen Vertreter sollten die Entente über die Schwierigkeiten informieren und für die Tschechoslowakei Erleichterungen zu erreichen suchen, die nicht ausgeschlossen seien.

Eine Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung steht noch aus. Sollte sie zugunsten der Zollabgabe ausfallen, so würde die Tschechoslowakei damit einen harten Schlag gegen das eigene Wirtschaftsleben führen. Ein Beweis dafür, wie schwer die Hinterrückung des wirtschaftlichen Moments bei politischen Entschlüssen sich rächt. Dieser Vorwurf trifft allerdings in erster Linie den Obersten Rat.

Gegenüber den Redungen, daß die Entente auch an Deutschland das Ergehen gerichtet habe, sich an den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland zu beteiligen, wird von Wien aus erklärt, daß von einem solchen Schritt der Entente bisher nichts bekannt sei.

Immer noch Krise?

Das Ministerium Stegerwald ist noch nicht gebildet, aber es hat schon bereits seine erste Krise. Dr. Schiffer, der Minister des Innern werden sollte, hat seine Lust, in dieses Ministerium einzutreten. Vielleicht schreibt Herr Stegerwald die Stelle in seinem neugegründeten Blatt aus. Er würde dadurch dieser Zeitung für kurze Zeit einige Beachtung verschaffen und damit zwei Fliegen mit einem Schlag treffen.

Lug und Betrug

Der Ablieferungszustand der Landwirte steht vor einem rechtlosen Erfolg. In viel größerer Maße als in irgendeinem früheren Jahre haben die Landwirte in dem laufenden Erntejahr ihr Brotgetreide zurückgehalten, es an das Vieh verfüttert und im Schleichhandel zu hohen Preisen verkauft. Für die Versorgung der Bevölkerung haben sie nur einen Bruchteil derjenigen Menge geliefert, die erforderlich ist. Seit Monaten leben wir deshalb von dem teuren Auslandsgetreide. Das alles geschah mit der Absicht, die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft für Getreide darzutun. Die Reichsregierung war hierbei willig. Die Dänen. Nicht eine einzige Maßnahme hat sie gegen diese Ausbeutung der Volksmassen durch die Agrarier getroffen, ihnen dafür aber unter Lug und Betrug der gesetzgebenden Körperschaften erschwandelte Milliarden in den Schoß geworfen.

Trotzdem waren die Agrarier nicht zufriedengestellt. Sie wollen völlige Freiheit, das heißt die Freiheit der schrankenlosen Steigerung der Preise und der denkbar günstigsten Verwertung aller ihrer Erzeugnisse. Diese Absichten der Agrarier stehen nun trotz aller Warnungen der darunter unerträglich leidenden Schichten der Bevölkerung vor ihrer Verwirklichung. Nach halbamtlichen Mitteilungen ist der Gesekentwurf bereits ausgearbeitet, der die künftige Regelung der Getreidebewirtschaftung enthalten soll. Ueber den Inhalt des Gesekentwurfs wird folgendes mitgeteilt:

Im nächsten Wirtschaftsjahr sind aus dem Inlande für den Bedarf der Bevölkerung, ausgenommen die Selbstverlänger, 3 1/2 Millionen Tonnen Getreide durch Umlage auszubringen, während der Gesamtbedarf etwa 4,3 Millionen Tonnen beträgt. Die Umlage entspräche durchschnittlich einer Belastung von fast 3,5 Doppelzentner auf den Hektar der Getreideanbaufläche und würde ungefähr ein Siebentel der Ernten an Weizen, Gerste und Hafer ohne Gemenge ausmachen, die im Durchschnitt von 1910 bis 1913 auf dem durch den Friedensvertrag verringerten Boden eingebracht sind. Selbst wenn veranschlagt wird, daß die Ernte seit dem Kriege vielleicht um 40 Prozent verringert hat, würde die Gesamtumlage von 3,5 Millionen Tonnen doch immer noch beträchtliche Uebererschüsse freilassen. Die Umlage soll von den Ländern nach dem Anteil ausgebracht werden, mit dem sie an dem Ernteeintrage von Weizen, Gerste und Hafer von 1906 bis 1920 durchschnittlich beteiligt gewesen sind. Um den Kleinbesitz mit einer geringeren Umlage herauszusuchen, da er verhältnismäßig weniger Getreide im Vergleich zu seiner Ernte abgeben kann, sollen die Länder mit viel Kleinbesitz in der Weise begünstigt werden, daß die Umlage für jeden Selbstverlänger um einen bestimmten Betrag erhöht und von den Anteilen der einzelnen Länder der gleiche Betrag für jeden Selbstverlänger des Landes wieder abgezogen wird. Innerhalb der Länder wird das Umlagegeld auf die Kommunalverbände und von diesen auf die Gemeinden bzw. die Betriebe verteilt. Die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlenden Preise werden von der Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses festgesetzt, während die Preisbildung des Ueberflusgetreides der Entwicklung des freien Marktes überlassen bleibt, wodurch auch dem Schleichhandel das Handwerk gelegt werden dürfte (!). Die Regelung des Verbrauchs bleibt wie bisher Sache der Kommunalverbände nach den Weisungen der Reichsgetreidekasse. Sie haben die Preise für Mehl und Backwaren festzusetzen, die Brotkräften auszugeben usw. Die Einfuhr von Getreide soll zunächst nicht freigegeben werden, um möglichen Rückwirkungen auf die Währungsverhältnisse vorzubeugen. Die Regierung wird dafür Sorge tragen, daß bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres ausreichende Vorräte an ausländischem Getreide vorhanden sind.

Bereits diese kurzen schönfärbischen Angaben lassen erkennen, daß den Absichten der Agrarier in vollem Umfang entsprochen werden soll. Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn in den begleitenden Bemerkungen zu dem Inhalt des Gesekentwurfes behauptet wird, daß der von der Regierung vorgelegte Gesekentwurf nur eine Lockerung der Zwangswirtschaft vorsehe und keine völlige Aufhebung beabsichtigt sei.

Das Umlageverfahren ist in der Form, wie es die Regierung vorschlägt, nichts anderes als die völlige Aufhebung der zwangswirtschaftlichen Erfassung der inländischen Brotgetreideernte. Die Erfahrungen mit der Haferumlage in Verbindung mit den deutlich erkennbaren Absichten der landwirtschaftlichen Organisationen lassen keinen Zweifel daran, daß an eine Erfüllung der Umlage nicht zu denken ist. Denn dann hätten ja die Agrarier weit mehr abgeliefert, als sie in diesem Jahre abgeliefert haben. Der Zweck ihres häßlichen Drängens aber ist doch gerade die geringere Ablieferung und die Steigerung der Preise.

Dem entspricht die Regierung durch die Freilassung des von der Umlage nicht erfaßten Teils der Ernte in den freien Handel. Dadurch wird jede Kontrolle aufgehoben, und die Möglichkeit, widerstrebende Landwirte zur Ablieferung zu zwingen, wird nicht nur wie bisher an dem fehlenden Willen der Regierung scheitern, sondern auch an der Unmöglichkeit des Nachweises über die Verfrachtung und die Kontrolle.

So ist denn dieser Plan der Regierung eine ungeheure wirtschaftliche Bedrohung der Existenz aller arbeitenden Schichten der Bevölkerung, die nicht selbst Brotgetreide

erzeugen sind. Die Kosten ihres Lebensunterhaltes werden sich direkt oder indirekt ungeheuer steigern. Wird die Regierung durch Staatszuschüsse den Brotpreis verbilligen, so werden bei der heute herrschenden Steuerpolitik durch die Anspannung der die Massen am meisten belastenden Verbrauchssteuern die Lasten doch wieder auf die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewälzt werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend haben die Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten vor einiger Zeit beim Ernährungsmi nister einen Protest eingereicht, der sich gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides wendet, und der unbedingtes Festhalten an ihr und eine Verschärfung der Kontrolle fordert. Wenn jetzt trotz dieses Protestes — der unterstützt worden ist durch eine in der Sache gleichartige Stellungnahme des Deutschen Städtetages — und der Warnung vor den unausbleiblichen Folgen einer solchen Maßnahme die Regierung trotzdem an die Verwirklichung ihrer schlimmen Absichten geht, so ist das die schärfste Herausforderung aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Eine Herausforderung, die bewußt geschieht, obwohl man sich des Widerstandes dieser Schichten und der gewaltigen Verschärfung des Kampfes der Lohn- und Gehaltsempfänger gegen ihre wachsende Verelendung gewiß sein muß.

Die parlamentarische Entscheidung über diese Frage wird in kurzer Zeit fallen. Die Rechtssozialisten, die bisher die Reichsregierung trotz ihrer Liebesgabenpolitik an Agrarier und Industrielle gestützt haben und nun infolge des Hinausdrängens der Rechtssozialisten aus der preussischen Regierung auch im Reich die Opposition angefangen haben, werden hierbei den Beweis liefern müssen, ob sie die Forderungen der Gewerkschaften zu ihren eigenen machen wollen und mit allen Mitteln die Verwirklichung der Pläne der Regierung zu hintertreiben suchen werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bisher bereits in dieser Richtung gearbeitet. Wird sie jetzt von der rechtssozialistischen Partei unterstützt, so können weder Regierung noch die bürgerlichen Parteien ihre Absichten durchsetzen. Das theoretische Bekenntnis der Rechtssozialisten zur Opposition wird deshalb bei diesen Fragen der ernstesten Prüfung ausgesetzt sein.

Öffentliche Verwarnung

Eine solche erklärt die Zentrale der B. K. P. D. an ihre leitenden Mitglieder. In einem Aufruf „Wahrt die Parteidisziplin“ behauptet die Zentrale zunächst, daß nach den bisher stattgefundenen Bezirkstagen die Mehrheit der Parteimitglieder den Beschlüssen der Zentralauswahlschüsse vom 17. März und 7. und 8. April zugestimmt habe. Damit habe die Mitgliedschaft belohnt, daß sie gewillt sei, auf der Linie weiterzukämpfen, die durch jene Beschlüsse des Zentralauswahlschusses festgelegt und beim Osterputz zum ersten Male angewandt worden ist. Auch die Exekutive der Internationale habe den Grundsätzen und der Taktik, die in diesen Beschlüssen niedergelegt sind, zugestimmt.

Soweit wäre alles in Ordnung. Aber „eine Anzahl Genossen, die sich in führender Parteistellung befinden“ erlauben sich, einen Feldzug gegen diese Beschlüsse zu organisieren. Das verurteilt nicht nur Verwirrung, sondern hindert auch die Partei, „an der Weiterführung der begonnenen Aktionen, die mit der Beendigung des Märzkampfes keineswegs abgeschlossen ist, sondern mit größter Energie fortgeführt werden muß“. Womit von neuem gesagt wird, daß die Arbeiterklasse mit einer weiteren Steigerung des mitteleuropäischen Wahnsinns zu rechnen hat.

In seinen übrigen Teilen macht der Aufruf der Zentrale zunächst gegen Levi und seine Anhänger scharf. Es wird noch einmal auf die Erkommunikation Levi als warnendes Beispiel verwiesen. Es gebe nur eine Lösung: „entweder mit der Partei und auf dem von ihr eingeschlagenen Kampfweg zu marschieren oder sich abseits der Partei zu stellen“. Die Zetkin, Braß, Däumig, Kurt Geyer, Adolph Hoffmann usw. haben nach der Auf-

fassung der Zentrale das Letztere schon getan, indem sie Penis Haltung und die Herausgabe seiner Broschüre gutgeheißen. Darum werden sie der Fähigkeit entkleidet, Parteiamt innezuhaben. Es heißt in dem Aufruf:

„Dieses Vorgehen zwingt die Zentrale, diese Genossen, soweit sie Parlamentsmitglieder sind, aufzufordern, die Ausübung ihres Mandates bis zur nächsten Sitzung des Zentralauswahlschusses einzustellen. Der Zentralauswahlschuss wird darüber zu bestimmen haben, ob die genannten Genossen auf Grund ihres Verhaltens bezeugt sind, in ihrer führenden Stellung weiter zu verbleiben.“

Wie diese Entscheidung des Zentralauswahlschusses ausfallen wird, ist gar nicht zweifelhaft. Der Reinigungsprozess wird seinen Fortgang nehmen. Die Anhänger Levi werden aus der B. K. P. D. hinausfliegen genau wie Levi selbst. Die 21 Bedingungen tun ihre Wirkung, genau wie wir es vorausgesagt haben. Nur daß diese Wirkung an der B. K. P. D. selbst fühlbar wird, die auf solche Art rettungslos ihrem Untergang entgegengeht. Es erscheint wie ein verdientes Schicksal, daß gerade die Däumig, Geyer und Genossen, die uns vor Halle stets versichert haben, daß die von uns vorausgesehenen Folgen der Moskauer These nie eintreten würden, die ersten sind, die darüber stolpern und ihr politisches Dasein auf solche Art beenden. Wir überlassen sie gern diesem Geschick.

Aber wir möchten doch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne daran zu erinnern, daß die Kommunisten hier in rücksichtsloser Weise das Gleiche tun, was in letzter Zeit einige Gewerkschaften den kommunistischen Zellenbrüdern gegenüber für notwendig gehalten und angewandt haben. In diesen Fällen waren es stets die Kommunisten, die den Gewerkschaftsfunktionären das Recht dazu bestritten wollten. In Zukunft werden sich die Gewerkschaften in ähnlichen Fällen auf das Beispiel und die Gründe der B. K. P. D. selbst beziehen können.

Der Aufruf teilt dann weiter mit, daß der Zentralauswahlschuss die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, die von den Leuten gefordert wird, bereits abgelehnt hat. Es wird auch eine Begründung dafür angeführt, die wie folgt lautet:

„Der Zentralauswahlschuss hat es abgelehnt, durch die Einberufung eines Parteitages die Opfer noch zu vermehren, die ohnehin sich schon in den Klauen der weißen Justiz befinden. Der Zentralauswahlschuss wird zu entscheiden haben, ob die Gefahren, die mit der Abhaltung eines Parteitages für viele Genossen bestehen, noch vorhanden sind, und ob sich die Einberufung eines Parteitages ermöglichen läßt.“

Die Arbeiter, die in Mitteldeutschland massenhaft dem Wahnsinn der kommunistischen Taktik zum Opfer gebracht worden sind, haben keinerlei Aussicht, auf einem Parteitag zu erscheinen. Für sie bestünde also die Gefahr, die der Zentralauswahlschuss der B. K. P. D. hier voraussetzt, nicht. Aber über die Leichen der in Mitteldeutschland gefallenen Arbeiter hinweg will die B. K. P. D. — oder doch das, was von ihr übrig bleibt — den neuerdings betretenen Weg weitergehen. Auf dem Parteitag müßten nun die so außerordentlich selbstherrlichen Bonzen erscheinen und den Mund aufmachen, um sich zu ihren Taten und Absichten offen zu bekennen. Das tun sie allenfalls in den Parlamenten und unter dem Schutz der Immunität. Aber auf einem Parteitag, vor der Öffentlichkeit, ebenso zu handeln, — das wäre eine Gefahr, in der sie sich nicht begeben. Wozu hätte man denn die Arbeitermassen. Erst wenn der Zentralauswahlschuss findet, daß alle Gefahren vorüber sind, werden die Bonzen hervortreten. Rette Gesellschaft!

Der internationale Bankrott

In einer Privatmeldung aus Wien teilt die „Rote Fahne“ mit, daß der Chefredakteur der Wiener „Rote Fahne“ in der Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei Österreichs eine Erklärung abgegeben habe, in der er sich gegen den Beschluß des österreichischen Parteivorstandes, der der Haltung der Zentrale der deutschen kommunistischen Partei zustimmt, ausgesprochen und gestimmt hat. Der Chefredakteur Strasser erklärte sich also gegen die deutsche Zentrale und solidarisch mit Levi. Er hat seinen Rücktritt als Chefredakteur der

Wiener „Rote Fahne“ vollzogen und die übrigen Redakteure des Blattes haben sich mit Strasser solidarisch erklärt.

Ein Bluturteil

T.U. Essen, 21. April.

Der Redakteur Werner vom „Ruhr-Echo“ ist zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wegen der zwei Aufrufe der Zentrale.

Die „Rote Fahne“ im Gebiete des Ausnahmezustandes verboten

Regierungskommissar Dr. Wärmeling in Münster hat durch eine Verordnung die entgeltliche und unentgeltliche Verbreitung der „Rote Fahne“ und der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“, Berlin, sowie der „Freiheit“, Düsseldorf, im Gebiete des Ausnahmezustandes verboten. Auf Zuwiderhandlungen steht Haft, Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 Mark.

Es geht auch ohne Einwohnerwehr!

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Forstrat Echerich, unser Zivillandensdorff, zieht aus dem Kommunismus die „Lehre“, daß Unruhen nur dort vorgekommen seien, wo keine Original-Selbstschutzzorganisationen bestanden oder „nur schwach vorhanden“ waren. Diese Behauptung macht ja seinem agitatorischen Talent alle Ehre, nicht aber seiner Fähigkeit, gegebene Tatsachen richtig zu sehen und wiederzugeben. Insbesondere kann der Freistaat Braunschweig als Gegenbeispiel dienen. Die reinsozialistische Regierung dieses Staates ist nämlich in ihrer verbrecherischen Tollkühnheit so weit gegangen, die „Landeseinwohnerwehr“ schon im vorigen Herbst schlangweg aufzulösen. Den Schutz der Braunschweiger Bürger versieht lediglich die stark republikanisch durchsehende, aber tadellos disziplinierte Schutzpolizei, die unter einem verruchten sozialistischen Polizeipräsidenten und einem ebensolchen Resorxmminister steht, welche letzterer, um das Maß voll zu machen, ein sog. „Nichtschadmann“ ist (Junke U.S.P.). Nach der Theorie Professor Orgeschers hätte also im roten Braunschweig alles drunter bzw. drüber gehen müssen! Aber die Braunschweiger taten ihm diesen Gefallen nicht. In der Stadt Heinrichs des Löwen blieb es getadelt zu aufreißend ruhig. Als die ersten Nachrichten von kommunistischen Wahnsinnsatzen aus Mitteldeutschland eintrafen, ließ die Regierung in der Presse soebenruhig mitteilen, sie erwarte von der Besonnenheit der Arbeiterklasse, daß sie den Lockungen der Kommunisten nicht folgen werde, — und ihre Erwartung wurde nicht getäuscht. Natürlich versuchten die Kommunisten auch hier, unter Aufwand von viel Stimm- und sonstigen Mitteln, eine „Aktion“ in Gang zu bringen, aber sie scheiterte glänzend. Alle Versuche, die Volksseele unter freiem Himmel zum Kochen zu bringen oder den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zu provozierenden „Gegenmaßnahmen“ zu reizen, mußten sehr bald als aussichtslos ausgegeben werden. Den Höhepunkt der revolutionären Betätigung unserer Kommunisten bildete neben einem verunglückten Umzug ein Zusammenstoß zwischen zwei (unbewaffneten) Reichswachtjünglingen und einigen jugendlichen Anhängern Moskaus, bei dem man aber auch über den Austausch von Ohrfeigen und ähnlichen Liebenswürdigkeiten nicht hinauskam. Als trotzdem nachher bei den Demonstranten der Glaube entstand, zwei der Ihrigen seien festgenommen und auf der Wache inhaftiert, ließ der Polizeigewaltige nicht etwa Maschinengewehre auffahren oder Handgranaten unter das geliebte Volk werfen, wie es nach dem „System Echerich“ Vorschrift gewesen wäre, sondern er lud die Rädelsführer — schrecklich zu sagen — dazu ein, sich durch Augenblicke von der Haltlosigkeit des Gerüchtes zu überzeugen. Am nächsten Tag war er natürlich der populärste Mann in Braunschweig. — „Ruhe und Ordnung“ ist übrigens in Braunschweig, dem einstigen „Revolutionsherd“ und „Sammelpunkt der Versprengten“, seit langem wirklich heimlich. Als bald nach der Wahl des jetzigen reinsozialistischen Kabinetts in ganz Deutschland Lebensmittellunruhen stattfanden, blieb gerade hier zu jedermanns Erstaunen alles ruhig. Die Regierung hatte in umfassender Weise für Anlieferung billiger Kartoffeln gesorgt, und vor allem genoh sie das Vertrauen der Bevölkerung. Kurz, wir Braunschweiger brauchen Echerichs Volksbeglückungstheorien nicht. Wir wissen: Das beste Mittel gegen den Volkswidernismus ist der Sozialismus.

Goethe als Sammler

Goethe hat als Sammler eine ganz erstaunlich große Menge von Gegenständen zusammengebracht, die heute wohl ausreichen würden, um ein mittleres Museum zu füllen. Unter seinen naturwissenschaftlichen Kollektionen, der Steinammlung, den Herbarien mit botanischen Seltenheiten, den zoologischen Präparaten und physikalischen Instrumenten, befand er bedeutende Sammlungen von Majoliken, Münzen, Gemmenabdrücken, Werken der Kleinplastik, Kunstblättern usw. Der von Christian Schubardt verfaßte Katalog seiner Sammlungen führt an graphischen Blättern 2369 Nummern auf, von denen manche aber mehrere Einzelblätter enthalten, an großen illustrierten Werken 200, über 500 Porträtzeichnungen, 29 Selbstbilder, über 1100 Handzeichnungen, 232 Platten und Bronzen, 1940 Medaillen, 1991 Münzen, über 5000 Abgüsse von Gemmen, gegen 200 Gipsabgüsse, 110 Majoliken, etwa 150 Figuren in Stein, Elfenbein, Holz usw., im ganzen mehr als 9000 Kunstgegenstände. Dazu kommen noch 17 000 Mineralien aller Art, 110 Nummern „physikalische Gegenstände“, mehrere hundert Nummern Zoologisches, Botanisches und Ethnographisches, so daß mehr als 26 000 Objekte vorhanden waren.

Wie hat nun Goethe all diese Dinge zusammengebracht? Wozu brauchte er sie, und in welchem Sinne stellte er sie auf?

Diese Frage behandelt Wolfgang von Dettingen in der im Insel-Verlag zu Leipzig erschienenen Festgabe für Julius Bahle „Funde und Forschungen“ in einem inhaltsreichen Aufsatz. Während die naturwissenschaftlichen Sammlungen ihm hauptsächlich für seine wissenschaftlichen Versuche auf diesem Gebiete wichtig waren, wollte er sich durch seine Kunstsammlungen möglichst eine anschauliche Vorstellung der gesamten antiken und christlichen Kunstgeschichte verschaffen. Fortwährend hielt er, von Karl August und dem „Kunsth“-Meyer unterstützt, nach neuen Erwerbungen Ausschau und wandte nicht selten verhältnismäßig bedeutende Mittel an. „Bald war es ein Fund, eine Ausgrabung, die ihn herbeilochte, bald ein Angebot, das er erhielt.“ So schildert uns der Verfasser die Art von Goethes Sammeln, „an Kunstversteigerungen beteiligte er sich durch Agenten, denen er aus den Katalogen Aufträge erteilte, auch ließ er sich von Antiquaren und anderen Kunsthändlern Ankaufsendungen kommen; gelegentlich erwarb er ganze Sammlungen, wie die schöne Gruppe von Majoliken aus dem Besitze Dershaus, die er als Ergänzungen des tüchtigsten Kunsthandwerkers auf Grund höchstentwickelter Ueberlieferung zu schätzen wußte. Vieles geriet auch als Geschenk von Berechnern und Gönnern in seine Hände, wobei es dann galt, das müder brauchbare allmählich wieder zu befestigen.“ Goethe strebte bei der Auswahl wohl nach guter Qualität, aber wichtiger als alle technische Vollkommenheit war ihm der Geist, der aus dem

Kunstwert leuchtete. Im Gegensatz zu den meisten Sammlern, die auf den unbedachteten Rand eines Kupferstückes nur zu oft entscheidenden Wert legen, begnügte er sich sogar mit dem Bruchstück eines Blattes, wenn aus ihm ein Gedanke, eine selbständige Persönlichkeit zu ihm sprach. Es ist Goethe wirklich gelungen, Kunstwerke aus allen Zeiten zusammenzubringen, von ägyptischen Abgüssen, antiken Gemmen bis zu den Künstlern seiner Zeit. Allerdings waren die Gruppen sehr ungleich vertreten. Vom Mittelalter war sehr wenig da, sehr viel aus der Zeit der reifen Renaissance und des Barock, und die Italiener überwiegen in allen Abteilungen. Es fehlt aber kein ganz berühmter Künstler in seinen Sammlungen.

Diese riesige Masse ordnete nun Goethe nicht so, daß er etwa aus einer Reihe von Zimmern ein abgeschlossenes Museum schuf. Wir müssen uns vielmehr vorstellen, daß die Wände aller Wohnräume mit Gemälden, gerahmten Zeichnungen und Gipsreliefs vollgehängt waren, daß Regale für Kupferstichmappen, Münzen und Medaillenschränke selbst in den Gesellschaftszimmern aufgestellt waren und daß Bücher, Kupferwerke, Kästchen voll antiker und moderner geschnittener Steine auf Tischen und Stühlen herumlagen, wie sie gerade gebraucht worden waren. Ein ganzes Zimmer wurde durch eingebaute Glaschränke für die Majolikalammlung eingerichtet. Dettingen betont aber, daß Goethe seine eigene Wohnung im Hinterhause ohne jeden künstlerischen Schmuck ließ; wo die Möbel und Bücherregale etwas von den Wänden freiließen, hingen Tabellen und allerlei Kleinigkeiten. „Es scheint, daß Goethe bei seiner hochgefehlten Empfänglichkeit sich von zudringlichen Kunsteinwirkungen, die ihn gestört und abgelenkt hätten, habe freihalten wollen; so ließ er nur das gerade Erwünschte und Notwendige an sich herankommen.“ Jedenfalls hat Goethe in einer Zeit ohne Museen und ohne phototechnische Nachbildungen mit Energie und unter großen Opfern es verstanden, sich mit einem einzigartigen Anschauungsmaterial zu umgeben, sein Auge und Urteil im Anblick von Kunstwerken befähigt zu üben und aus diesen Schöpfungen der Jahrtausende Kräfte für sein eigenes künstlerisches Schaffen zu gewinnen.“

Der Rufbau der Universität Jerusalem. Nach den bisherigen Plänen soll die Universität Jerusalem eine Fakultät für jüdische und orientalische Wissenschaften (Philologie, Literatur, Geschichte, Recht, Archäologie, Religion und Philosophie) enthalten, die sich vorwiegend mit der jüdischen Wissenschaft, aber auch mit der arabischen und den sonstigen Sprachgebieten befaßt. Diese Fakultät wird zugleich auch als Lehrinstitut eingerichtet und wird sämtliche Grade verleihen. Ein Forschungsinstitut für die hebräische Sprache schließt sich an. Weiter sind ins Auge gefaßt für den Anfang keine Forschungsinstitute für Physik, Chemie und Mikrobiologie. Eine Schule für Rechts- und Staatswissenschaft soll der Universität angefügt werden.

Arbeit im Dienst unserer Klasse

Das Leben des klassenbewußten Arbeiters ist erfüllt von tausend Pflichten. Und es mag kein schöneres Ziel für ihn geben, als allen Pflichten zu genügen, als ein rechter Arbeiter zu sein und Tag für Tag zu schaffen an unserer Welt.

Viele Stunden stehen wir in der Fabrikfront. Wir sind gedrückt und ohne Fest und Recht. Wir wollen diesen Zustand überwinden, aber wir wissen auch, daß das nicht geschehen wird an einem Tage. Schon unter den gegebenen Bedingungen müssen wir das Werk beginnen. Wir müssen die Arme frei bekommen. Je mehr Rechte wir haben, je stolzer und geschickter wir sie wahren, um so günstiger gestalten sich die Vorbedingungen für den letzten Erfolg.

So ist auch die Fabrikarbeit nicht einfach mehr Fron, sondern schon Arbeit im Dienst unserer Klasse. Hier sind die um uns, die zu uns gehören, Männer und Frauen, mit denen wir alles gemeinsam haben, was uns drückt und was uns befreit, mit denen wir beraten, auf die wir hier, in der Fabrik, wirken können. Und auch Rechte haben wir im Betrieb zu wahren. Rechte, deren Dürftigkeit zwar unsere Groll erregt, uns aber zugleich anstacheln sollten, sie um so höher zu verteidigen. Gibt man uns schon nicht unser Recht — die Achtung vor unserem Willen und vor unserer Leistung soll man uns nicht verweigern.

Vor dem Fabrikstore harret wiederum die Pflicht. Die Organisationen, ja die Gesamtheit der Staatsbürger, die Kommunen wie die Länder und das Reich, fordern mehr denn je die Mitwirkung der Arbeiter bei allen öffentlichen Dingen. Den Spielraum für ein menschenbefreies Wirken, den wir erstreben, hat uns die Revolution nicht gebracht. Aber haben wir schon alle gegebenen Möglichkeiten ausgenutzt, so daß ein Rest mehr bliebe? Haben wir nichts veräumt? Jeder, der mit offenen Augen die Dinge überseht, weiß die Antwort.

Noch mehr. Auch unsere Familie erbt Ansprüche gegen uns. Wir wollen, Männer wie Frauen, unsere Kinder lehren. Und wenn uns auf den anderen Gebieten noch die Organisationen helfen, so sind wir hier ganz auf uns gestellt. Hier hilft uns kein System, kein pädagogisches Lehrbuch, hier müssen wir uns selbst einsehen. Den Unseren können wir nur geben, was wir aus dem Eigenen schöpfen.

So haben wir an allen Orten anzuklopfen. Wir sollen kein Werk ein Füllhorn, das sich nimmer füllt. Daraus erwächst eine neue Pflicht: wir müssen an uns selbst arbeiten, rastlos. Wir müssen empfangen, um geben zu können, müssen uns durch Bildung bereichern. Und wiederum gemeinsam mit unsrerer Klasse, ganz wie es unserer Gesinnung gemeint. In den Schulen und Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule Groß-Berlin

